



N I E D E R S C H R I F T
über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
am Dienstag, 08. Dezember 2020,
im Dorfgemeinschaftshaus Kirchbrombach

Beginn der Sitzung: 18:35 Uhr
Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Es sind anwesend:

Bürgermeister:

Willi Kredel

von der SPD-Fraktion:

Ralf Drexelius
(Vorsitzender der Gemeindevertretung)
Klaus Dieter Dascher
Petra Drexelius
Eva Wieck
André Wieck
Johannes Rupprecht
Günther Trumpfheller

von der CDU-Fraktion:

Ulrike Fill
Maria Tenhaef
Thilo Fischer
Jürgen Röser

von der B.U.S-Fraktion:

Dagmar Emig-Mally (ab 18:50 Uhr)
Sabine Ruff

von der Fraktion Freie Wähler

Brombachtal:

Gerd Klinger
Frank Kirsch

von der FDP-Fraktion:

Rainer Müller

Fraktionslos:

Lea Schneider-Tiongson

entschuldigt:

Stefan Kurz
Monja Germann

vom Gemeindevorstand:

Werner Krämer

Abwesend vom Gemeindevorstand:

Hary Wölfelschneider
Reinhard Jahn
Horst Kaffenberger
Ernst Eidenmüller

von der Verwaltung:

Daniela Friedrich
Mario Meder
Sandra Grages
Nicole Thierolf
Ingrid Prattinger

Schriftführung:

Felix Mohr

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls vom 01.09.2020
2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
3. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Gebührenkalkulation für den Bereich Wasserversorgung für die Jahre 2021 - 2023
4. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung der Wasserversorgungssatzung
5. Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Waldwirtschaftsplanes 2021
6. Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2021
7. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Anschaffung von Tablets für die Mitglieder der Gemeindevertretung
8. Auflösung und Liquidation der OWAS - Verbände Obere Gersprenz und Bad König
9. TPEE Klage (Teilplan Erneuerbare Energien) und Vereinbarung Normenkontrollantrag
10. Mitteilungen des Gemeindevorstandes
11. Verschiedenes

Gemeindevertretervorsteher Ralf Drexelius eröffnet die Sitzung der Gemeindevertretung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter/Vertreterinnen der gemeindlichen Gremien, den Vertreter der Presse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die Besucher.

Im Anschluss stellt Ralf Drexelius die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass noch ein Punkt in die Tagesordnung mit aufzunehmen ist.

Dieser lautet:

- Wahl eines Vertreters und Stellvertreters (m/w/d) für den Forstzweckverband

Herr Drexelius schlägt vor, diesen Punkt unter 9 A in die Tagesordnung mitaufzunehmen.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Tagesordnung um den genannten Punkt zu erweitern:

Zu TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.09.2020

Zum Protokoll vom 01.09.2020 gibt es keine Einwände.

Zu TOP 2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Maria Tenhaef erhält das Wort um als Ausschussvorsitzende des Sozialausschusses aus der letzten Sitzung am 01.12.2020 zu berichten.

Sie erläutert, dass auf Grund der Corona-Pandemie keine frühere Sitzung möglich gewesen ist.

Maria Tenhaef geht auf die einzelnen Punkte ein, welche thematisiert wurden und erläutert diese.

Zunächst geht sie auf die Erweiterung der Betreuungszeiten der Grundschule Brombachtal ein.

Frau Tenhaef berichtet, dass Frau Götz hierzu eine Präsentation vorgestellt hat.

Die Frühbetreuung wird ab 7:30 Uhr mit nur einer FSJ-Kraft abgedeckt.

Nachmittags wird bis 15:00 Uhr durch pädagogisches und nicht-pädagogisches Personal betreut. Auch hier könnte für viele Schüler die Betreuung länger (bis 17:00 Uhr) angeboten werden.

Laut Frau Götz hat sich der Betreuungsbedarf seit 2010 fast verdoppelt bei rückläufiger Schülerzahl, auch das Verhalten der Schüler ist problematischer geworden. Viele Schüler kommen auch schon vor 7:30 Uhr und stehen vor der Tür. Die Grundschule wünscht eine zeitliche Erweiterung, vorrangig in der Frühbetreuung auf 7:00 Uhr und Ausbau des Personals, gegebenenfalls auch Fachkräfte.

Daher favorisiert der Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren der Gemeindevertretung einstimmig eine weitere Kraft im Rahmen der 450 Euro-Regelung vormittags ab August 2021 einzustellen, so Maria Tenhaef.

Weiter erklärt Maria Tenhaef, dass der AWO-Kindergarten anregt, die Sozialassistenten, welche die drei Tage in der Woche in den Kindergärten arbeiten, mit 100,00 Euro zu unterstützen.

Es handelt sich hierbei um einen Ausbildungsberuf ohne Ausbildungsvergütung.

Bürgermeister Kredel ergänzt, dass der Gemeindevorstand in der Sitzung am 03.12.2020 diesem Antrag bereits zugestimmt hat.

Danach wurde über den Antrag des AWO-Kindergartens für ein Sonnensegel beraten.

Hier liegen drei Angebote vor, wovon eines durch die AWO favorisiert wird und an welchem sich diese mit 50 % der Kosten beteiligen würde.

Bürgermeister Willi Kredel teilt dazu mit, dass diese Mittel in den Haushaltsplan 2021 eingebracht werden müssen. Auch gibt es für diese Finanzierung Förderprogramme vom Bundesumweltministeriums und vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, welche teilweise zu 100 % gefördert werden. Diese Anträge sollen durch die Verwaltung gestellt werden.

Maria Tenhaef teilt mit, dass der Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren dem Antrag für das Sonnensegel zustimmt.

Weiter ergänzt Maria Tenhaef, dass André Wieck in diesem Zusammenhang anmerkte, dass auch der Kinderspielplatz am DGH in Kirchbrombach der Sonne ausgesetzt sei und ein Sonnenschutz dringend nötig wäre. Diese Idee unterstützt der Ausschuss ebenfalls. Die Zuschüsse für die Sonnenschutzmaßnahmen können möglicherweise mit bis zu 100 % gefördert werden.

Abschließend erläutert Maria Tenhaef, dass ein Antrag der SPD zur Durchführung der Wahl eines Kinder- und Jugendbeirates in der Gemeinde Brombachtal vorliegt.

Der Antrag wurde 2019 eingebracht.

André Wieck schlug vor, dass die Gemeindevertretung beschließen möge, dass in einer Wahl, spätestens im Jahr 2022, eine angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird.

Diesem Antrag stimmt der Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren einstimmig zu, so Maria Tenhaef.

Weitere Mitteilungen der anderen Ausschussvorsitzenden liegen nicht vor.

Zu TOP 3 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Gebührenkalkulation für den Bereich Wasserversorgung für die Jahre 2021 - 2023

Ralf Drexelius erteilt Klaus Dieter Dascher als Vorsitzendem des Haupt- und Finanzausschusses das Wort, welcher auf den Punkt eingeht.

Dieser erklärt, dass die Allevo Kommunalberatung, wie schon in der Vergangenheit, mit der Aufstellung der Gebührenkalkulation beauftragt wurde.

Klaus Dieter Dascher sagt, dass die Kalkulation übersichtlich gestaltet und einfach zusammengesetzt ist.

Er erläutert, dass man die Gebühren anheben müsse, um eine Kostendeckung zu gewährleisten. Man müsse die Unterdeckung der vergangenen zwei Jahre ausgleichen. Dies ergibt sich aus der Kalkulation.

Daher sind im Bereich Wasserversorgung folgende Gebühren geplant:

Gebühr 2021 – (0,70 Euro Erhöhung)

Gebühr 2022 – (0,70 Euro Erhöhung)

Gebühr 2023 – (0,52 Euro - Anpassung von 0,70 Euro auf 0,52 Euro - Senkung)

Die Zählermiete bleibt gleich, so Klaus Dieter Dascher.

Ralf Drexelius ergänzt, dass den Parlamentariern im Vorfeld der Sitzung die Möglichkeit gegeben wurde, Fragen bei der Verwaltung einzureichen, welche dann durch die Allevo Kommunalberatung beantwortet wurden.

Die eingegangenen Fragen und die darauf erhaltenen Antworten werden durch Ralf Drexelius vorgelesen.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 16 Ja- und einer Gegenstimme, die Gebühren im Bereich der Wasserversorgung gemäß der vorgelegten Kalkulation anzupassen.

Zu TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung der Wasserversorgungssatzung

Ralf Drexelius erteilt erneut Klaus Dieter Dascher das Wort. Dieser erklärt, dass es der logische Schluss sei, dass nach Anpassung der Gebühren im Bereich Wasserversorgung auch die entsprechende Satzung geändert werden muss.

Dies bedeutet, dass die Beträge wie folgt angepasst werden müssen:

2021 - 3,17 Euro

2022 - 3,17 Euro

2023 - 3,00 Euro

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 16 Ja- und einer Gegenstimme der 1. Änderungssatzung der Wasserversorgungssatzung zuzustimmen.

Zu TOP 5 Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung des Waldwirtschaftsplanes 2021

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Ralf Drexelius, sagt, dass sich dem Bericht entnehmen lässt, dass der Waldwirtschaftsplan 2021 ein Minus von 6.432,00 Euro aufweist.

Bürgermeister Kredel berichtet hierzu, dass die Gemeinde Brombachtal im Kreisgebiet mit 120 Hektar Wald die kleinste Fläche besitzt.

Die Stadt Oberzent hat in diesem Bereich ein Minus von ca. 700.000,00 Euro, so Bürgermeister Kredel.

Grund für die Defizite ist unter anderem der Borkenkäferbefall in den Wäldern.

Es besteht allerdings die Möglichkeit eine Beihilfe über den Bund zu beantragen. Diese sieht eine Nachhaltigkeitsprämie in Höhe von 100,00 Euro pro Hektar Wald vor. Somit ergibt sich eine Summe von 12.000,00 Euro für die Gemeinde Brombachtal.

Bürgermeister Kredel teilt mit, dass heute ein entsprechender Antrag gestellt wurde.

Wann hier die Auszahlung erfolgt ist allerdings unklar.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 16 Ja- und einer Gegenstimme, der Genehmigung der Waldwirtschaftsplanes 2021 zuzustimmen.

Zu TOP 6 Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2021

Bürgermeister Kredel bringt den Haushaltsplanentwurf 2021 ein und hält hierzu folgende Rede:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf der gesetzlichen Grundlage der Hessischen Gemeindeordnung lege ich heute den Entwurf des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung 2021 vor. Der Gemeindevorstand hat den Haushaltsentwurf für das kommende Haushaltsjahr in seiner Sitzung am 03.12.2020 festgestellt.

Durch intensive Bemühungen der Verwaltung konnte der Haushalt mit einem leichten Überschuss von 15.120 Euro aufgestellt werden.

Zu dem Plan 2021 einige Erläuterungen.

Die Ansätze im vorliegenden Entwurf wurden auf Basis der aktuellen Ist-Zahlen dieses Jahres vorgenommen.

Die **Erträge im Ergebnishaushalt** in Höhe von 6.982.439 Euro setzen sich zusammen aus

privatrechtlichen Leistungsentgelten	33.400 €
öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten	1.653.975 €
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	37.696 €
Steuern, steuerähnliche Erträge und Erträge aus gesetzlichen Umlagen	3.082.390 €
Erträge aus Transferleistungen	172.000 €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, allgemeine Umlagen	1.657.505 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, Investitionszuschüssen	175.805 €
Sonstige ordentliche und außerordentliche Einzahlungen	169.668 €
<hr/>	
Summe ordentliche Erträge	6.985.219 €
Finanzerträge	2.780 €

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte umfassen die Erträge aus Stromeinspeisung der Photovoltaikanlagen und aus den Erträgen der Holzvermarktung.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte umfassen alle Entgelte für erbrachte Leistungen einer Gemeinde. Der größte Teil der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte bezieht sich auf die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren. Weiterhin sind hier Erträge aus Vermietung und Verpachtung zu verzeichnen. Zu nennen sind bei den Verwaltungsgebühren vor allem die Gebühren, die im Einwohnermeldeamt, Standesamt oder Ordnungsamt für Dienstleistungen anfallen. Benutzungsgebühren fallen insbesondere bei der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und beim Friedhof an.

Unter Kostenersatzleistungen und -erstattungen werden Erträge verstanden, die von Dritten (Bund, Länder, Gemeinde, Zweckverbände) für Leistungen der Gemeinde erbracht werden.

Bei den Steuern, steuerähnlichen Erträgen und Erträgen aus gesetzlichen Umlagen sind folgende Positionen geplant:

Grundsteuer A	20.000 €
Grundsteuer B	370.900 €
Gewerbesteuer	449.690 €
Hundesteuer	15.900 €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2.141.500 €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	84.400 €

Die Ausgleichsleistungen für den Familienleistungsausgleich in Höhe von 138.500 € sind unter Erträge aus Transferleistungen zu finden.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke beinhalten vor allem die Schlüsselzuweisung des Landes Hessen in Höhe von 1.444.845 €. Die nicht zweckgebundene Zuweisung aus „Starke Heimat Hessen“ ist in der Schlüsselzuweisung enthalten.

Aufgrund der Gebührenkalkulation Wasser 2021-2023 der Firma Allevo, werden die Wassergebühren von 2,51 €/m³ auf 3,17€/m³ für die Jahre 2021 und 2022 angehoben. Im Jahr 2023 sinkt der Wassergebühr auf 3,00 €/m³.

Die **Aufwendungen von 6.937.279 €** setzen sich im Wesentlichen zusammen aus

Personalaufwendungen	1.030.630 €
Versorgungsaufwendungen	167.605 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.989.101 €
Abschreibungen	441.160 €
Zuweisungen und Zuschüsse und besondere	336.790 €
Finanzaufwendungen	
Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen	2.967.363 €
Umlageverpflichtungen	
Transferaufwendungen	0 €
sonstige ordentliche Aufwendungen	4.630 €
<hr/>	
Summe ordentliche Aufwendungen	6.970.099 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.820 €

Die Personalaufwendungen beinhalten die Bezüge der Beschäftigten, der Aushilfskräfte (u.a. für betreute Grundschule, Reinigungskräfte der gemeindlichen Gebäude) und die Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige (Mandatsträger, Feuerwehr),

Beiträge an die Zusatzversorgungskasse und die Sozialversicherungsbeiträge. Sie machen 17,17 % der Gesamtaufwendungen aus. Versorgungsaufwendungen sind Beiträge an die Versorgungskasse Darmstadt und Beihilfen. In dem Stellenplan für das Jahr 2021 wurden eine zusätzliche Stelle für den Gerätewart und eine zusätzliche Stelle im Bereich Bauhof, die bis Ende 2021 zu 100 % bezuschusst wird, eingeplant. Zusätzlich erhöhen zwei Mitarbeiter/innen ihre wöchentliche Stundenzahl. Des Weiteren gibt es eine Lohnerhöhung von 1,4 % ab 01.04.2021.

Unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden Verbrauchsmaterialien, Betriebsstoffe, Energie, Reparatur- und Instandhaltungsaufwand, Material- und Dienstleistungsaufwand, Versicherungsbeiträge und Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation vereint. Der Anteil an den Gesamtaufwendungen beträgt 28,54 %.

Der Etat der Feuerwehr Brombachtal wurde in Höhe der von der Feuerwehr angemeldeten Aufwendungen ungekürzt übernommen.

Die Abschreibungen werden in allen Bereichen des Haushaltes ermittelt und gebucht, da der vollständige Ressourcenverbrauch darzustellen ist. Diese betragen 6,33 % der Gesamtaufwendungen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben sich folgende Abweichungen gegenüber 2020:

Zuschüsse an

Evang. Kindergarten	463.200 € (2020: 421.100 €)
---------------------	-----------------------------

AWO-Kindergarten	229.100 € (2020: 256.000 €)
------------------	-----------------------------

Die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um 42.100 € beim Evang. Kindergarten resultiert aus der Tarifierhöhung von vermutlich 3-4 % und den üblichen tariflichen Erhöhungen, wie der Bewährungsaufstieg. Diese Steigerungen liegen bei einzelnen Mitarbeitern bei ca. 6 %.

Die Verringerung des Betriebskostenzuschusses um 26.900 € beim AWO-Kindergarten resultiert hauptsächlich im Bereich Personalaufwendungen. Da sich drei Personen im Mutterschutz und der Elternzeit befinden, musste Ersatzpersonal, welches kostengünstiger ist, eingestellt werden. Weiterhin geht man von mehr Einnahmen im Bereich Elternbeiträge und Zuschuss aus. Zudem wurden die Regie- und Verwaltungskosten von 12,5 % auf 10 % der Personalkosten gesenkt.

Die Steueraufwendungen und die Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen machen 34,75 % der Gesamtaufwendungen aus und beinhalten die

Kreisumlage	1.479.335 €	Vorjahr 1.483.031 €
Schulumlage	868.500 €	870.600 €
Gewerbesteuerumlage	60.936 €	43.800 €
Heimatumlage	13.154 €	27.200 €

sowie die Umlagen an die Zweckverbände.

Aufwendungen für Kreditzinsen in Höhe von 32.820 € - Aufwendung für Tilgung 104.500 €. (Ergebnishaushalt/Finanzaushalt)

Das Investitionsprogramm weist insgesamt Investitionen in Höhe von 815.050 € (Einzahlungen: 216.650 €; Auszahlungen: 1.031.700 €) aus.

Diese gliedern sich wie folgt:

- **Produktbereich 01 (46.500 €)**

- Neuanschaffung von einem Hochdruckreiniger (1.700 €), Pflasterputzer (5.500 €) und 3.000 € für die generelle Ersatzbeschaffung im Bereich Bauhof
- Neuanschaffung Drucker Bürgerbüro in Höhe von 1.300 €
- Zuführung zur Versorgungsrücklage in Höhe von 2.000 €
- Schüttgutlagerbox auf Lagerplatz/Bauhof in Höhe von 15.000 €
- Neuanschaffung Digitalisierung OZG in Höhe von 180.000 €
- Zuschüsse aus dem Investitionsprogramm Hessenkasse in Höhe von -162.000 €

- **Produktbereich 02 (323.950 €)**

- Neuanschaffung Sirenensteuerung von 4.700 €
- Neuanschaffung Funkbesprechungsanlage 12.000 €
- Neuanschaffung HLF 10 in Höhe von 108.600 €
- Neubau Feuerwehrgerätehaus von 200.000 €
- Einzahlung Tilgungszuschuss KIP in Höhe von -1.350

- **Produktbereich 06 (6.965 €)**

- Neuanschaffung von Spielgeräten in Höhe von 5.000 € (jährliche Pauschale)
- Erneuerung Zaun AWO-Kindergarten in Höhe von 2.500 €
- Einzahlung Tilgungszuschuss KIP in Höhe von -535 €

- **Produktbereich 08 (9.435 €)**

- Einzahlung Tilgungszuschuss KIP in Höhe von -65 €
- Neuanschaffung Schwimmbadfenster von 3.600 €
- Neuanschaffung Schwimmbadfußbecken von 4.000 €
- Neuanschaffung Schwimmbadbänke von 1.900 €

- **Produktbereich 11 (474.600 €)**

- Anschaffung von Geräten für die Wasserversorgung in Höhe von 4.100 €
- Neuanschaffung Anhänger in Höhe von 3.000 €

- Neuanschaffung Online-pH-Messung in Höhe von 5.500 €
- Für Kanalsanierungsmaßnahmen sind 250.000 € veranschlagt. Hierfür entfallen 200.000 € für die Kanalsanierung Herrnwäldchen und 50.000 € sind jährlich für anfallende Kanalsanierungsmaßnahmen eingeplant.
- Für Wassersanierungsmaßnahmen wurden 212.000 € für die Zeller Straße/Oberdörfer Straße veranschlagt.
- **Produktbereich 13 (4.800 €)**
- Neuanschaffung Stehle für den Friedhof Kirchbrombach von 4.800 €
- **Produktbereich 15 (1.500 €)**
- Neuanschaffung Lautsprecher DGH in Höhe von 1.500 €
- **Produktbereich 16 (-52.700 €)**

Folgende Einzahlungen des Landes Hessen wurden hier veranschlagt:

- Die Investitionsstrukturpauschale für den ländlichen Raum in Höhe von -45.000 €.
- Der jährliche Tilgungszuschuss für Darlehen aus Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von -7.700 €.

Der Schuldenstand der Gemeinde Brombachtal beträgt voraussichtlich 1.320.449,65 Euro zum 31.12.2020.

Maßnahmen zur Kostendeckung

Bereits angedachte Maßnahmen zur Kostendeckung wurden bereits durchgeführt. Für die kostenrechnenden Einrichtungen Wasser, Abwasser und Friedhöfe liegen Kalkulationen vor. Weitere Maßnahmen zur Kostendeckung sind bisher nicht angedacht.

Der Haushalt 2021 weist einen Überschuss aus. In den kommenden Jahren wird der finanzielle Spielraum weiterhin trotzdem eng bleiben.

Aufgrund der zu noch zu beratenden Maßnahmen kommt es sicherlich noch zu Veränderungen im Bereich des Ergebnis- und Finanzhaushaltes. Des Weiteren liegt noch ein Antrag vor. Über diesen muss noch beraten und entschieden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

soweit meine Ausführungen zum vorliegenden Zahlenwerk.

Der Haushalt 2021 ist somit in die Gemeindevertretung eingebracht.

Die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ist am 12. Januar 2021 und die Beschlussfassung in der Gemeindevertretung für 19. Januar 2021 vorgesehen.

Ich wünsche mir, dass auch der Haushalt 2021 wieder eine breite Mehrheit findet und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Gerd Klinger möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob das Dorfgemeinschaftshaus für die Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Bürgermeister Kredel bejaht diese Frage.

Ralf Drexelius schlägt vor, dass man hierfür vielleicht auch die Möglichkeit eine Telefonkonferenz nutzen könnte.

Klaus Dieter Dascher sagt, dass man möglicherweise auch eine interfraktionelle Sitzung zur Haushaltsberatung einberufen könnte.

Zu TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Anschaffung von Tablets für die Mitglieder der Gemeindevertretung

Ralf Drexelius erteilt der Fraktionsvorsitzenden Maria Tenhaef das Wort.

Diese erläutert den Antrag und dessen Hintergrund.

Man wolle hierdurch erreichen, dass alle Parlamentarier technisch gleich ausgestattet sind. Sie sei erfreut, dass dieser Punkt in der Haushaltsplanung bereits durch die Verwaltung berücksichtigt wurde.

Ralf Drexelius ergänzt, dass es zeitgemäß sei, gerade vor dem Hintergrund der Einsparung, der Schonung von Ressourcen und des Umweltschutzes.

Gerd Klinger sagt, dass man dann aber auch konsequent auf Papier verzichten und künftig alle Unterlagen für die Sitzungen nur noch in digitaler Form versenden sollte.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 15 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Zu TOP 8 Auflösung und Liquidation der OWAS - Verbände Obere Gersprenz und Bad König

Ralf Drexelius teilt mit, dass die entsprechenden Unterlagen allen Parlamentariern bereits im Vorfeld der Sitzung zugesandt wurden. Ein entsprechender positiver Umlaufbeschluss wurde ebenfalls bereits gefasst, welcher nun noch zu bestätigen ist.

Er geht kurz auf den Hintergrund ein und erläutert diesen.

Hintergrund

Gesellschafter der (OWAS) Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH (nachfolgend OWAS) sind die ENTEGA AG, der Odenwaldkreis, der Abwasserverband Mittlere Mümling, der Abwasserverband Unterzent - Untere Mümling, der Abwasserverband Bad-König, der Abwasserverband Obere Gersprenz und die Stadtwerke Michelstadt GmbH. Gegenstand der OWAS ist die Erbringung von Laborleistungen im Umweltbereich, die Durchführung von Kontrollen entsprechend Eigenkontrollverordnung und die Einleiterkontrolle sowie die Übernahme von Dienstleistungen des kommunalen Umweltschutzes. Aktuell ist die OWAS im Bereich der Trinkwasseranalytik (Beratungsleistungen) tätig. Darüber hinaus werden durch die Gesellschaft Dienstleistungstätigkeiten als Gewässerschutzbeauftragter und als Geschäftsführung für einen Abwasserzweckverband ausgeübt.

Aktuelle Situation

Das Geschäftsmodell der OWAS wurde in den letzten Jahren mit geänderten Rahmenbedingungen (z. B. im Bereich Kleinkläranlagen, Trinkwasseranalytik, Klärschlammentsorgung) konfrontiert. So ist im Bereich Kleinkläranlagen

zwischenzeitlich eine Zertifizierung erforderlich, über die die OWAS nicht verfügt. Daneben müssen Probeentnahmen in dem Bereich der Trinkwasseranalytik nunmehr über ein zertifiziertes Labor erfolgen, so dass die OWAS auch diese Dienstleistungen nicht mehr am Markt anbieten kann. Schließlich haben die Änderungen der Abfallklärschlammverordnung und der Düngemittelverordnung dazu geführt, dass das Geschäftsfeld der landwirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung weggebrochen ist.

Die vorgenannten Entwicklungen führen dazu, dass der Fortbestand der Gesellschaft mit den bisherigen Geschäftsfeldern nicht zu realisieren ist. Die Geschäftsführung sieht für das Geschäftsmodell der OWAS keine wirtschaftliche Perspektive mehr, so dass die operative Geschäftstätigkeit der OWAS eingestellt werden sollen.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, die OWAS aufzulösen und zu liquidieren. Dazu muss die Gesellschaft zunächst aufgelöst und diese Auflösung bekanntgegeben werden. Nach Ablauf eines Sperrjahres, in dem sich mögliche Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprüche melden können, kann die Gesellschaft liquidiert werden und das verbliebene Vermögen an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

Thilo Fischer fragt in diesem Zuge danach, wer die Aufgaben der OWAS künftig übernehmen wird. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass voraussichtlich im Januar 2021 eine Ausschreibung im IKZ-Verfahren erfolgen wird.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig der Auflösung und Liquidation der OWAS für die Verbände Obere Gersprenz und Bad König zuzustimmen.

Zu TOP 9 TPEE Klage (Teilplan Erneuerbare Energien) und Vereinbarung Normenkontrollantrag

Ralf Drexelius erläutert kurz den Sachverhalt.

Der nunmehr bestehende Regionalplan – Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019, veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 14 am 30. März 2020, belastet den Odenwaldkreis erheblich und, im Verhältnis zur Belastung des gesamten südhessischen Geltungsbereiches, in überproportionalem Maße mit Flächen für Windkraftanlagen. Einzige rechtliche Möglichkeit gegen diese überproportionale Belastung vorzugehen, ist eine Normenkontrollklage gegen den TPEE durch die Städte und Gemeinden des Kreises, die, so die juristische Auffassung, dem Landkreis selbst nicht zur Verfügung steht.

Der Kreistag des Odenwaldkreises hat in einer außerordentlichen Sitzung am 12. Dezember 2018 beschlossen, die Städte und Gemeinden bei einer Normenkontrollklage gegen den TPEE finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Dafür wurden 100.000 Euro im Kreishaushalt bereitgestellt.

Erste Schritte zur Beauftragung einer Rechtsvertretung wurden durch das Rechtsamt des Odenwaldkreises in die Wege geleitet. Dazu wurden entsprechend und analog zur internen Dienstanweisung sowie der üblichen Vorgehensweise bei der Beauftragung externer Rechtsanwälte, die nicht nach der RVG abrechnen, fünf Kanzleien angeschrieben und um die Übermittlung von Angeboten gebeten.

Zur Beauftragung der Rechtsvertretung sind die Beschlüsse durch den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung sowie die Unterzeichnung der Kostenvereinbarung durch den Bürgermeister und dessen Stellvertretung notwendig.

Bürgermeister Kredel weist darauf hin, dass man nicht gegen die Windkraftanlagen ist, sondern es hier um Verfahrensfehler geht.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal beschließt mit 14 Ja- und

3 Gegenstimmen die Einreichung eines Normenkontrollantrages durch einen Rechtsanwalt gegen den Regionalplan Südhessen und den Abschluss der entsprechenden Kostenvereinbarung mit dem Kreisausschuss des Odenwaldkreises.

Zu TOP 9 A Wahl eines Vertreters und Stellvertreters (m/w/d) für den Forstzweckverband

Ralf Drexelius erklärt, dass man die Wahl im Mehrheitsprinzip durchführen müsse und fragt nach möglichen Bewerberinnen und Bewerbern.

Die SPD-Fraktion hat sich hierzu bereits am Montag, 07.12.2020, Gedanken gemacht. Aus ihren Reihen würde Günther Trumpfheller kandidieren, so Ralf Drexelius.

Auf die Nachfrage nach weiteren Bewerberinnen und Bewerbern meldet sich nur Sabine Ruff.

Nach kurzem Austausch kommt man zu folgendem Ergebnis:

Die Gemeindevertretung wählt einstimmig Günther Trumpfheller zum Vertreter für den Forstzweckverband und Sabine Ruff zu seiner Stellvertreterin.

Zu TOP 10 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Ralf Drexelius übergibt an Bürgermeister Kredel, der die Mitteilungen und den Tätigkeitsbericht des Bauhofes verliest.

Änderung /Ernennung des stellv. Gemeindebrandinspektor

Stellv. GBI Sven Bardonner hat sein Amt als stellv. Gemeindebrandinspektor zum 1. Oktober 2020 aus verschiedenen Gründen niedergelegt. Als Nachrücker wird Dennis Rückert vorgeschlagen. Dieser wurde befristet für 2 Jahre ab dem 1. Oktober 2020 ernannt, bis der erforderliche Lehrgang nachgeholt wird.

Pelletanlage/Heizung Sporthalle

Die neue Heizungsanlage (Pelletsanlage) der Sporthalle Kirchbrombach wurde vor etwa 14 Tagen in Betrieb genommen. Letzte Abschlussarbeiten werden aktuell noch durch das beauftragte Heizungsunternehmen durchgeführt.

Treppensanierung auf dem Friedhof in Birkert

Für die Treppensanierung auf dem Friedhof in Birkert wird der Auftrag an ein ortsansässiges Unternehmen vergeben.

Auftragsvergabe Zaun am Spielplatz Langenbrombach

Der Auftrag für die Erneuerung des Zaunes am Spielplatz Langenbrombach wurde an eine Zaunbaufirma vergeben.

Zuschuss für das Frauenhauses Erbach

Das Frauenhaus Erbach hat, wie in den letzten Jahren auch, eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 200,00 € erhalten.

Auftragsvergabe für die Erstellung eines Modernisierungskonzeptes für das Schwimmbad Kirchbrombach

Zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Modernisierung des Freibades Kirchbrombach sind im Haushalt 2020 Mittel in Höhe von 5.000 € eingestellt. 5 Unternehmen wurden von Seiten der Verwaltung angefragt.

Es wurde lediglich ein Angebot von einer Planungsgesellschaft vorgelegt. Der angebotene Pauschalpreis liegt bei 9.500 €/netto.

Die Planungsgesellschaft wurde von den Referenzen als sehr gutes und leistungsfähiges Unternehmen empfohlen. Aufgrund der fehlenden Haushaltsmittel wurde diese Thematik zur Haushaltsplanberatung für das Haushaltsjahr 2021 an den Haupt- und Finanzausschuss/Gemeindevertretung verwiesen.

Kündigung des Vertrages mit dem Tierschutzverein Odenwald e.V.

Aufgrund einiger Vorkommnisse in Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein Odenwald e.V., Würzburg, haben bereits einige Kreiskommunen den Vertrag mit diesem Verein gekündigt. In der Bürgermeisterkreisversammlung war man sich einig, dass dies alle Kommunen tun sollten. Die Bürgermeister des Odenwaldkreises führten nun ein Gespräch mit TINO, um die Möglichkeiten der Übernahme der seitherigen Tätigkeit des Tierschutzvereins Odenwald e.V. für die Kommunen zu klären. Der Gemeindevorstand stimmte einer außerordentlichen Kündigung mit dem Tierschutzverein Odenwald e.V. einstimmig zu. Die Kreiskommunen warten jetzt auf die Vorlage des Konzeptes mit Kostenangaben von TINO.

Subvention von taxOMobil-Fahrten

Die OREG mbH, Michelstadt, teilte mit Schreiben vom 12.11.2020 mit, dass für Brombachtal im Jahr 2020 zum 31.10.2020 Subventionen für taxOMobil-Fahrten in Höhe von 674,34 € angefallen sind. Die OREG bezeichnet die Entwicklung der taxOMobil-Fahrten trotz oder gerade wegen der Corona-Krise als positiv. Aktuell beläuft sich die jährliche Obergrenze der Subventionen aller Kommunen des Kreises auf 5.000 €. Dies sind zum 31.10.2020 mit 6.955,33 € bereits überschritten.

Die OREG mbH regt nun an, den Subventionshöchstbetrag je Kommune auf 5.000 € zu begrenzen. Weiterhin soll der Prozentsatz des Zuschlagspreises (25%, 50 % oder 75 %) je Kommune festgelegt werden.

Der Gemeindevorstand hat den Subventionshöchstbetrag für Brombachtal auf 5.000 € bei einer Förderung des Zuschlagspreises von weiterhin 50 % ab dem Jahr 2021 beschlossen.

Neugestaltung Rathausvorplatz

Frau Dörte Petersson teilt mit Schreiben vom 04.11.2020 auf Nachfrage mit, dass sie auf jeden Fall noch vor Weihnachten einen Entwurf mit Kostenberechnung für die Neugestaltung des Rathausvorplatzes vorlegen wird. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass ein Preisgeld im Bundeswettbewerb „Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt“ an die Gemeinde Brensbach sowie deren Partnergemeinden, also auch die Gemeinde Brombachtal, ausgezahlt wird. Das Projekt widmet sich dem wichtigen Aspekt der Wasserversorgung von Insekten. Der Gewinn soll dafür genutzt werden, auf dem Rathausvorplatz eine Insektentränke zu schaffen. Da es sich anbietet, dies im Zuge der Neugestaltung des Rathausvorplatzes umzusetzen, wurde Frau Petersson diesbezüglich bereits informiert.

Wifi4EU – Installation des Hotspots

Nach örtlicher Begehung am 29.10.2020 (mit einem Vertreter der ausführenden Firma/Röschlau aus Hannover) wurden in den letzten Wochen an folgenden Standorten, hinsichtlich der finalen Umsetzung/Installation des künftigen öffentlichen WLAN-Netzes, entsprechende Vorkehrungen für die Nutzung von offenen und freiem WLAN vorgenommen:

DGH-Kirchbrombach, Bauhof, Sporthalle Kirchbrombach, Schwimmbad Kirchbrombach, Bürgerhaus Langenbrombach und Rathaus.

Die Verlegung der Netzkabel und Anbringung der dafür notwendigen Hardware wurde bereits durch den Bauhof vorgenommen. Die Firma Röschlau wird nach Bereitstellung des DSL-Anschlusses alle vorgesehenen Hotspots für die Nutzung aktivieren.

Angebotsvergabe – Barrierefreiheit in gemeindeeigenen Gebäuden

Für die Auftragsvergabe bzgl. der Konzeptionierung einer Machbarkeitsstudie „Barrierefreiheit in gemeindeeigenen Gebäuden“ liegen 5 Angebote vor. Diese umfassen folgende Örtlichkeiten: DGH Kirchbrombach, Sporthalle Kirchbrombach, Bürgerhaus Langenbrombach, Alte Schule Langenbrombach und Birkert. Der Gemeindevorstand hat den Auftrag am 03.12.2020 an den günstigsten Bieter vergeben.

Sachstand Neubau Feuerwehrhaus

- Für die Erstellung der Entwurfsfassung des BP sowie der FNP-Änderung bedarf es aktuell noch der Abklärung einiger Thematiken zur Erstellung der ausstehenden Gutachten (Arten- und Immissionsschutz).
- Die Flächenverfügbarkeit für mögliche Ausgleichsflächen wurde durch die Gemeindeverwaltung abgefragt und am 19.10.2020 dem Planungsbüro Grosser-Seeger & Partner eine Aufstellung darüber übermittelt.
Die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Flächen werden aktuell noch durch das Planungsbüro Grosser-Seeger & Partner geprüft und wenn geeignet und sinnvoll in die Ausgleichsflächenkonzeption einbezogen. Im Anschluss sollen die geplanten Maßnahmen mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden, um diese schließlich in den Bebauungsplanentwurf übernehmen zu können.
- Mögliche Lärmbeeinträchtigungen, die auf das Plangebiet einwirken sowie von dem Plangebiet ausgehen werden derzeit nach wie vor gutachterlich geprüft (Möhler+Partner Ingenieure AG).
Die dann erarbeiteten Erkenntnisse und notwendige Schutzmaßnahmen werden in den Bebauungsplanentwurf übernommen.

Kostenrahmen für Grundlagenermittlung und Vorplanung Neubau des Feuerwehrhauses

Da die Erstellung (B-PLAN) und Änderung (FNP) noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird und die Kommune bis dahin keine wichtige Zeit verlieren möchte (auch wg. möglicher Förderung), trägt sich das Bauamt mit dem Gedanken das Interessenbekundungsverfahren anzustoßen. Zwecks notwendiger Entscheidung durch das Gemeindeparsament müsste ein Kostenrahmen hinsichtlich der Grundlagenermittlung und Vorplanung des Neubaus des Feuerwehrhauses ermittelt werden. Hierfür wurden entsprechende Planungsdaten von Seiten des GBI und Verwaltung an das Ing.büro zwecks Kostenermittlung weitergeleitet. Der Gemeindevorstand hat hierfür am 03.12.2020 seine Zustimmung erteilt.

Sachstand Kameraanbringung Bauhof

Zur Überwachung der Altglas- beziehungsweise Altkleidercontainern wurde am Bauhofgebäude eine Kamera angebracht. Hierdurch soll illegaler Müllentsorgung vorgebeugt werden. Aktuell werden noch technische Feinabstimmungen vorgenommen.

IKZ Förderung Bilanzbuchhaltung

Für die IKZ-Stelle im Bereich Bilanzbuchhaltung wurde eine Fördersumme von 75.000 € vom Hess. Ministerium zugesagt. Jede Kommune erhält den gleichen Anteil von 25.000 €.

Personelle Veränderungen im Rathaus

Eine Beschäftigte im Bürgerbüro hat das Arbeitsverhältnis zum 31.12.2020 bei der Gemeinde Brombachtal gekündigt. Für die ab 01.01.2021 freiwerdende Vollzeitstelle im Bürgerbüro ist eine Stellenausschreibung in verschiedenen Bekanntmachungsblättern der Kommunen und Tageszeitung veröffentlicht worden. Das Bewerbungsende war auf den 6. Dezember 2020 festgesetzt.

Halteverbot Hauptstraße

Das Halteverbot in der Hauptstraße Höhe der Hausnummern 112 - 110 wurde eingerichtet und hat sich schon bewährt, so Bürgermeister Kredel.

Als Nächstes wird dies auch in der Hauptstraße bis vor die Einfahrt der Gaststätte „Tankstelle“ erfolgen.

Tätigkeitsbericht Bauhof 4. Quartal 2020

Weiter geht Bürgermeister Kredel auf den Tätigkeitsbericht des Bauhofes ein, der durch die Verwaltung vorgelegt wurde und hebt an dieser Stelle die hervorragende Arbeit der Bauhofmitarbeiter hervor.

Winterdienst

- Gemeinsam bewältigen alle Bauhofmitarbeiter den Winterdienst auf den gemeindeeigenen Straßen und der Gehwege an öffentlichen Plätzen und Gebäuden sowie vor den Friedhöfen.

Weihnachtsbeleuchtung

- Die Weihnachtsbeleuchtung innerhalb des Ortsgebietes wurde installiert

gemeindeeigene Gebäude und Anlagen -allgemein-

- Die Kehr- und Reinigungsarbeiten wurden in den Außenbereichen durchgeführt
- Die Mäharbeiten wurden abgeschlossen
- Die Heckenrückschnitte wurden erledigt
- Die Hotspots für das freie WLAN wurden angebracht
- Mit Kindern des ev. Kindergartens den Weihnachtsbaum vor dem Rathaus geschmückt (Artikel Amtsblatt)
- In der Sporthalle wurde eine Kletterwand angebracht
- Hilfeleistungen bei der Installation der neuen Heizungsanlage

Kindergärten

- Verschiedene Tätigkeiten wöchentlich durchgeführt
- Kühlschrank repariert (ev. Kindergarten)
- Teile des Pflasters auf den Parkplätzen ausgetauscht (AWO-Kindergarten)

Straßen/Gehweg/Bachläufe

- Ausbesserungsarbeiten wurden soweit bekannt, erledigt
- Regelmäßige Rückschneide- und Gehölzpflegearbeiten durchgeführt
- Die Reinigung der Straßeneinlaufschächte wurde durchgeführt
- Die Hinweisschilder Motorradlärm wurden demontiert und eingelagert
- Diverse Verkehrszeichen ausgetauscht beziehungsweise neu angebracht
- Die jährliche Schachtregulierungsarbeiten wurden in Zusammenarbeit mit einer Fremdfirma durchgeführt

Außenbereich

- Die Halbschalenreinigungen im Ortsgebiet sind beendet
- Die Rückschnitte der Landschaftshecken wurden im gesamten Gemeindegebiet teilweise durchgeführt
- Illegale Müllablagerungen wurden mehrfach beseitigt
- Basketballkörbe in Langenbrombach abmontiert

Friedhöfe

- Grabaushub und Grabschließung Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen
- Trauerhallen für die Trauerfeiern vor- und nachbereitet
- Diverse Grabstätten entfernt

- Beet mit Leistensteinen auf dem Friedhof in Birkert eingefasst
- Und andere hier nicht aufgeführte Tätigkeiten

Wasserversorgung

- Mehrere Rohrbrüche auf Hausanschlussleitungen behoben
- Defekte Hydranten wurden ausgetauscht die bei der Rohrnetzspülung festgestellt wurden
- Jährliche Rohrnetzspülung in den einzelnen Ortsteilen wurde durchgeführt

In Zusammenhang mit den Mitteilungen des Gemeindevorstandes möchte Frank Kirsch wissen, wieso der Gemeindevorstand das Angebot des Geo-Naturparks bezüglich der Aufstellung dreier Schilder abgelehnt hat.

Bürgermeister Kredel erklärt, dass man das Angebot nicht abgelehnt habe. Es ging darum, dass zwei Tafeln kostenlos sind. Die dritte Tafel hätte die Gemeinde 1.200,00 Euro gekostet. Das Angebot wurde dann durch den Geo-Naturpark überarbeitet und man wird nun zwei kostenlose Tafeln aufstellen lassen.

Sabine Ruff möchte wissen, wann der Vertrag mit dem Tierheim Würzburg gekündigt wird.

Herr Kredel erläutert, dass er dies noch nicht genau sagen kann, da man hier gemeinsam mit allen involvierten Kommunen handeln möchte. Lediglich die Gemeinde Höchst i. Odw. und die Stadt Breuberg haben bereits eine Kündigung ausgesprochen.

Ralf Drexelius verliest einen Terminvorschlag der Verwaltung bezüglich der Vorstellung der Studie „Grundwassererkundung zur Sanierung und Wiederinbetriebnahme der Quellen Spreng) durch Prof. Dr. Treskadis.

Hier werden der 15.02. oder der 22.02.2021 vorgeschlagen.

Die Gemeindevertretung spricht sich einstimmig dafür aus, den 15.02.2021 zu favorisieren.

Dagmar Emig-Mally fragt nach ob dieser Termin gegebenenfalls auch online durchzuführen wäre.

Zu TOP 11 Verschiedenes

- 11.1 André Wieck möchte wissen, was es mit dem abgesagten Tagesordnungspunkt zum Thema „5G“ auf sich hat, wer die Bürgerin ist, die den Vortrag zu dieser Thematik halten möchte und welche Kenntnisse sie auf diesem Gebiet hat. Er ist der Auffassung, dass man solch eine Plattform nicht Privatpersonen bieten solle und auch die andere Seite beleuchtet werden müsse.

Ralf Drexelius erläutert, dass diese Idee durch ein Mitglied des Gemeindevorstandes an ihn herangetragen worden sei. Er werde hier noch einmal Rücksprache halten.

- 11.2 André Wieck regt an bei einem Förderantrag bezüglich der Sonnensegel auch den Basketballplatz in Langenbrombach zu berücksichtigen.

- 11.3 Dagmar Emig-Mally schlägt vor, im Jahr 2021, eben dann, wenn solche Veranstaltungen wieder möglich sind, eine Bürgerversammlung zum Thema „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ zu veranstalten.

- 11.4 Dagmar Emig-Mally sagt, dass der Förderverein Schwimmbad über ein Gewinnspiel der ENTEGA 750,00 Euro gewonnen habe und freut sich, dass so viele Leute online für den Verein abgestimmt haben.
- 11.5 Ralf Drexelius bedankt sich abschließend für die konstruktive Zusammenarbeit des Parlaments im zurückliegenden Jahr und wünscht allen Anwesenden alles Gute, ein frohes Fest und einen gesunden Start in das neue Jahr.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Drexelius', written in a cursive style.

Drexelius (Vorsitzender der Gemeindevertretung)

Mohr (Schriftführung)